

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:400741-2020:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Freiburg im Breisgau: Technische Planungsleistungen für Verkehrsanlagen
2020/S 165-400741**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Stadt Freiburg i. Br. – Vergabemanagement

Postanschrift: Fehrenbachallee 12

Ort: Freiburg im Breisgau

NUTS-Code: DE131 Freiburg im Breisgau, Stadtkreis

Postleitzahl: 79106

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Verfondern, Max

E-Mail: vergabemanagement@stadt.freiburg.de

Telefon: +49 7612014083

Fax: +49 7612014089

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.regionfreiburg.deutsche-evergabe.de>

I.2) Informationen zur gemeinsamen Beschaffung

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/DownloadTenderFiles.ashx?subProjectId=EVUQ2N4agpg%253d>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://portal.deutsche-evergabe.de>

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

Planungsleistungen Verkehrsanlagen und Ingenieurbauwerke, Dietenbachgelände Freiburg 1. BA

Referenznummer der Bekanntmachung: 2020004247

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

71322500 Technische Planungsleistungen für Verkehrsanlagen

II.1.3) Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4) Kurze Beschreibung:

Zur Deckung des Wohnraumbedarfs entwickelt die Stadt Freiburg derzeit den neuen Stadtteil Dietenbach im Westen des Stadtgebiets.

Planungsleistungen nach §§ 45 ff HOAI, Teil 3, Abschnitt 4, Objektplanung Verkehrsanlagen und nach §§ 41 ff HOAI, Teil 3, Abschnitt 3, Objektplanung Ingenieurbauwerke sowie nach §§ 48 ff HOAI, Teil 4, Abschnitt 1, Tragwerksplanung zzgl. bes. Leistungen.

Auftragsinhalte:

- Hapterschließung;
- Erschließung der Teilquartiere;
- Feinerschließung-Wohnstraßen;
- Öffentlicher Personennahverkehr – Stadtbahn u. Bus;
- Rad- u. Fußverkehr.

Ziel der Planung ist ein Verkehrssystem, das die Erschließung für die motorisierten sowie nicht motorisierten Verkehre sicherstellt. Gleichzeitig soll eine hohe Aufenthaltsqualität auf den Erschließungsstraßen erreicht werden.

Durchgeführt wird ein 2-stufiges Verhandlungsverfahren mit öffentlichem Teilnahmewettbewerb nach § 14 (3) Nr. 2/4 u. § 17 VgV, mit einer Auswahlphase (1. Stufe) und einer Vergabephase (2. Stufe).

II.1.5) Geschätzter Gesamtwert

II.1.6) Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) Beschreibung

II.2.1) Bezeichnung des Auftrags:

II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)

71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

71356400 Technische Planungsleistungen

II.2.3) Erfüllungsort

NUTS-Code: DE131 Freiburg im Breisgau, Stadtkreis

Hauptort der Ausführung:

Freiburg i. Br.

II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:

Planungsleistungen Verkehrsanlagen und Ingenieurbauwerke, kurze Beschreibung siehe II.1.4..

Zu erbringende (Planungs-) Leistungen:

— parallel zur Planung der Verkehrsflächen und der Entwässerung wird der Bebauungsplan entwickelt. Die Zusammenarbeit und Abstimmung mit der Stadtplanung im Zuge der Bebauungsplanerstellung sind ebenfalls wichtige Bestandteile des zu vergebenden Planungsauftrags.

Der Auftraggeber behält sich eine stufenweise Beauftragung der einzelnen Leistungsphasen (sowohl Grundleistungen als auch optionale Leistungen vor. Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung aller

Leistungsphasen besteht nicht, ebenso besteht kein Anspruch auf Weiterbeauftragung nach der Erbringung erster Leistungsphasen.

Der Auftraggeber vergibt folgende Planungsleistungen stufenweise:

1. Objektplanung Verkehrsanlagen:

Honorarzone III unten:

Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung, Genehmigungsplanung (Leistungsphasen 1 bis 4 nach §§ 45 ff HOAI 2013) bei LP 4 nur Aufbereitung und Zuarbeit der Entwurfsplanung zum Bebauungsplan.

Optional ist die Erweiterung des Auftrags um folgende Leistungen vorgesehen:

— Ausführungsplanung (Leistungsphase 5 nach §§ 45 ff HOAI 2013).

Ebenfalls optional:

— Vorbereitung der Vergabe, Mitwirkung bei der Vergabe (teilweise) sowie Objektüberwachung (Leistungsphasen 6 bis 9 nach §§ 45 ff HOAI 2013).

Als besondere Leistung:

— Erarbeitung, Zusammenführung und Verfeinerung eines grundsätzlichen Achs und Höhenkonzepts als Planungsgrundlage im Umgriff des gesamten Baugebiets;

— örtliche Bauüberwachung.

2. Objektplanung Ingenieurbauwerke:

Honorarzone III unten:

Dezentrale oder Semidezentrale Regenwasserableitung mit Versickerung auch konzeptionelle Abstimmung mit der privaten Entwässerungsplanung:

— Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung, Genehmigungsplanung (Leistungsphasen 1 bis 4 nach §§ 4 1 ff HOAI 2013).

Bei LP 4 nur Aufbereitung und Zuarbeit der Entwurfsplanung zum Bebauungsplan

Optional ist die Erweiterung des Auftrags um folgende Leistungen vorgesehen:

— Ausführungsplanung (Leistungsphase 5 nach §§ 41 ff HOAI 2013).

Ebenfalls optional:

— Vorbereitung der Vergabe, Mitwirkung bei der Vergabe (teilweise) sowie Objektüberwachung (Leistungsphasen 6 bis 9 nach §§ 4 1 ff HOAI 2013).

Als besondere Leistung:

— örtliche Bauüberwachung.

3. Objektplanung Ingenieurbauwerke für eine Fuß und Radwegbrücke:

Honorarzone III unten:

Die Vorplanung soll die Grundlage und die Rahmenbedingungen für einen auf diesen Ergebnissen aufbauenden Planungswettbewerb dienen. Grundlagenermittlung, Vorplanung (Leistungsphasen 1 bis 2 nach §§ 4 1 ff HOAI).

4. Tragwerksplanung für eine Fuß und Radwegbrücke:

Honorarzone III unten:

Die Vorplanung soll die Grundlage und die Rahmenbedingungen für einen auf diesen Ergebnissen aufbauenden Planungswettbewerb dienen.

Grundlagenermittlung, Vorplanung (Leistungsphasen 1 bis 2 nach §§ 4 9 ff HOAI).

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6) **Geschätzter Wert**

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Beginn: 30/06/2021

Ende: 30/06/2023

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Es werden 3-5 Bewerber/Bewerbergemeinschaften nach der Auswahlphase (1. Stufe) für die 2. Stufe berücksichtigt.

Sollten mehr als 5 zu wertende Teilnahmeanträge eingehen, werden die 3-5 Bewerber mit der höchsten Punktzahl für die 2. Stufe berücksichtigt.

Die Bewertung zur Ermittlung der Teilnehmer für die 2. Stufe erfolgt auf Basis der Bewertungskriterien, Erfüllung der Teilnahmebedingungen, sowie Bewertung der wirtschaftlichen, finanziellen und technischen Leistungsfähigkeit.

Bei Punktgleichheit wird die von den entsprechenden Bewerbern in den Bewertungskriterien 1. bis 7. insgesamt erreichte Punktzahl als Entscheidungskriterium herangezogen. Sollte auch in diesem Fall eine Punktgleichheit bestehen, so erfolgt die Entscheidung per Losverfahren gemäß § 75 Abs. 6 VgV.

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Der Auftraggeber behält sich eine stufenweise Beauftragung der einzelnen Leistungsphasen (sowohl Grundleistungen als auch optionale Leistungen vor. Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung aller Leistungsphasen besteht nicht, ebenso besteht kein Anspruch auf Weiterbeauftragung nach der Erbringung erster Leistungsphasen.

II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben

Ergänzend zu II.2.7.

— Vorplanung 30.6.2021;

— Planung bis Entwurf 30.12.2021;

— Ausführungsplanung ca. 2. Jahreshälfte 2022;

— Vergabe Bauleistung ca. 1. Jahreshälfte 2023;

— Beginn der Baumaßnahme ab Mitte 2023.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

— Eigenerklärung gemäß § 75 (2) VgV, dass die Berechtigung vorliegt, nach den Gesetzen der Länder die Berufsbezeichnung Ingenieur zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland als Ingenieur tätig zu sein;

— Eigenerklärung zu § 42 und § 48 (3), (4), (5), (6) VgV, dass keine Ausschlussgründe nach § 42 (1) VgV i. V. m. § 123 und 124 GWB bestehen.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- § 45 (1) Nr. 3, (4) Nr. 2 VgV: Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung in Höhe von 3 000 000 EUR Deckungssumme für Personenschäden und 1 000 000 EUR Deckungssumme für Sachschäden;
- § 45 (1) Nr. 1, (4) Nr. 4 VgV: Eigenerklärung über bisherige Umsätze netto der Geschäftsjahre 2017, 2018, 2019 für vergleichbare Dienstleistungen im Bereich der Objektplanung Verkehrsanlagen (§§ 45 ff HOAI), Objektplanung Ingenieurbauwerke (§§ 41 ff HOAI);
- § 46 (2) VgV: Erklärung über wirtschaftliche Verknüpfung mit Unternehmen und relevante, auf den Auftrag bezogene Zusammenarbeit, mit Anderen;
- § 46 (3) Nr. 3 und 9 VgV: Eigenerklärung zur Einhaltung der technischen Ausstattung (Vorgaben des Auftraggebers:

Die Ergebnisse in digitaler Form müssen beim Auftraggeber direkt weiterbearbeitbar sein und mindestens in AutoCAD-Dateiformaten und DWG/DXF-Dateiformaten georeferenziert und mit Weltkoordinaten nach UTM Koordinatensystem vorgelegt werden.).

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- Angabe Gesamtprojektleitung und stellvertretende Gesamtprojektleitung, Teilbereich Objektplanung Verkehrsanlagen, Teilbereich Objektplanung Ingenieurbauwerke sowie der Hauptsachbearbeitenden Ingenieur_Innen Verkehrsanlagen sowie Ingenieurbauwerke;
 - § 47 (1), (2), (3), (4): Nachweis der Zusammensetzung als Erklärung bei Bewerbergemeinschaft/ Nachunternehmer/Eignungsleihe;
 - § 47 (1) VgV: Eigenerklärung: Vorlage von Verpflichtungserklärungen aller vorgesehenen Subunternehmer oder Erklärung über alleinige Leistungserbringung;
 - § 46 (3) Nr. 8 VgV: Durchschnittliche Anzahl der fachbezogenen Mitarbeiter_innen.
(Beschäftigte Ingenieure, inklusive Inhaber, ohne Praktikanten und Hilfskräfte – gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV) der Geschäftsjahre 2017-2019 im Tätigkeitsbereich der Objektplanung für Verkehrsanlagen und Ingenieurbauwerken.
 - Eigenerklärung zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Landestariftreue und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (LTMG).
- Referenzen:
- § 46 (3) Nr.1 VgV: Nachweis der Eignung des Unternehmens bzw. der Büros/der Bewerbergemeinschaft anhand von Referenzen:
Eigenerklärung über die Richtigkeit der Referenzen. Es wird die Angabe zu wesentlichen in den letzten 7 Jahren (2013 bis zum Zeitpunkt der Bekanntmachung) fertiggestellten Leistungen in Form von Referenzprojekten gefordert.
- Referenzkriterium (1):
- Objektplanung für Verkehrsanlagen für die Erschließung von Wohngebieten in innerstädtischen Bereichen einschließlich des Fuß- und Radverkehrs und vorzugsweise mit Verkehrsberuhigten Bereichen in Städten mit > 25 000 Einwohnern und einem Bauvolumen > 0,5 Mio. EUR (netto).
Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung, Genehmigungsplanung (Leistungsphasen 1 bis 4 nach § 47 HOAI 2013).
- Referenzkriterium (2):
- Objektplanung für Verkehrsanlagen für die Erschließung von Wohngebieten in innerstädtischen Bereichen einschließlich des Fuß- und Radverkehrs und vorzugsweise mit Verkehrsberuhigten Bereichen in Städten mit > 25 000 Einwohnern und einem Bauvolumen > 0,5 Mio. EUR (netto).
Ausführungsplanung, Vorbereitung und Mitwirken bei der Vergabe, Bauoberleitung, Objektbetreuung (Leistungsphasen 5 bis 8 nach § 47 HOAI 2013).
- Referenzkriterium (3):
- Objektplanung für Ingenieurbauwerke zur Entwässerung der Verkehrsfläche von Erschließungseinrichtungen vorzugsweise als dezentrale oder semidezentrale Entwässerung für Wohngebiete im innerstädtischen Bereich in Städten mit > 25 000 Einwohnern und einem Bauvolumen > 100 000 EUR (netto).
Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung, Genehmigungsplanung (Leistungsphasen 1 bis 4 nach § 43 HOAI 2013).
- Referenzkriterium (4):
- Objektplanung für Ingenieurbauwerke zur Entwässerung der Verkehrsfläche von Erschließungseinrichtungen vorzugsweise als dezentrale oder semidezentrale Entwässerung für Wohngebiete im innerstädtischen Bereich in Städten mit > 25 000 Einwohnern und einem Bauvolumen > 100 000 EUR (netto).

Ausführungsplanung, Vorbereitung und Mitwirken bei der Vergabe, Bauoberleitung, Objektbetreuung (Leistungsphasen 5 bis 8 nach § 43 HOAI 2013).

Referenzkriterium (5):

Objektplanung für Ingenieurbauwerke, Geh- und Radwegbrücken mit Spannweite von $L \geq 20$ m und einem Bauvolumen $> 250\,000$ EUR (netto).

Grundlagenermittlung, Vorplanung (Leistungsphasen 1 bis 2 nach § 43 HOAI 2013).

Referenzkriterium (6):

Tragwerksplanung für Ingenieurbauwerke, Geh- und Radwegbrücken mit Spannweiten von $L \geq 20$ m und einem Bauvolumen $> 250\,000$ EUR (netto).

Grundlagenermittlung, Vorplanung (Leistungsphasen 1 bis 2 nach § 50 HOAI 2013).

Referenzkriterium (7):

Örtliche Bauüberwachung in den Bereichen der Objektplanung Verkehrsanlagen und Ingenieurbauwerke für Entwässerungseinrichtungen.

Die Bewertung erfolgt gemäß der Bewertungsmatrix. Die zur jeweiligen Referenz zu erbringenden Mindestanforderungen sind in der Bewertungsmatrix angegeben. Für jede Referenz sind geeignete Unterlagen (Pläne, Fotos) beizufügen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Allgemeine Mindestanforderungen:

1. Die zu den jeweiligen Bewertungskriterien 1. bis 7. genannten Leistungen müssen innerhalb der letzten 7 Jahre (2013 bis zum Zeitpunkt der Bekanntmachung) fertiggestellt worden sein, d. h. die angegebenen Leistungsphasen und besondere Leistungen müssen in diesem Zeitraum bearbeitet worden sein. Referenzen, die diese Mindestanforderung nicht erfüllen, werden nicht berücksichtigt.

2. Den Referenzen (Bewertungskriterien 1. bis 7.) muss sich jeweils der vorgesehene Bürostandort der Leistungserbringung oder mindestens einer der vorgesehenen Bearbeiter zuordnen lassen. Referenzen, die diese Mindestanforderung nicht erfüllen, werden nicht berücksichtigt.

3. Für die Bewertungskriterien 1. bzw. 7. muss je Referenzprojekt mindestens 1 Punkt erzielt werden. Wird diese Mindestanforderung nicht erfüllt, wird das betreffende Referenzprojekt bei der Wertung nicht berücksichtigt.

4. Für die Bewertungskriterien 9-10 muss jeweils mindestens 3 Punkte erzielt werden. Wird diese Mindestanforderung nicht erfüllt, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen.

Hinweis: Die Einwohnerzahl ist kein Mindestkriterium.

5. Spezifische Mindestanforderungen:

Die spezifischen Mindestanforderungen für die anzugebenden Umsätze, die beschäftigten Ingenieur_innen, sowie die Referenzen sind in den Dateien für die jeweiligen (Referenz-) Kriterien aufgeführt.

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Ingenieure gemäß § 75 Abs. 2 VgV.

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Es wird darauf hingewiesen, dass das Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (LTMG) sowie das Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz) Anwendung finden. Die sich hieraus ergebenden Verpflichtungen, insbesondere auch beim Einsatz von Nach- und Verleihunternehmen, sind daher zu beachten.

III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Beschreibung

IV.1.1) Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

IV.1.5) Angaben zur Verhandlung

IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) Verwaltungsangaben

IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 22/09/2020

Ortszeit: 10:40

IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 09/10/2020

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:

Deutsch

IV.2.6) Bindefrist des Angebots

Laufzeit in Monaten: 3 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Die Teilnahme am Bewerbungsverfahren erfolgt über die vollständig auszufüllenden Teilnahmeunterlagen mit zugehörigen Anlagen.

Weitere Unterlagen als die verlangten Erklärungen, Nachweise und Referenzen sind nicht erwünscht und werden bei der Wertung nicht berücksichtigt.

Elektronische Teilnahmeanträge sind zwingend, Unterlagen können dabei als Anlagen hochgeladen werden.

Die Unterzeichnung des Antrags kann entweder mit qualifizierter oder fortgeschrittener Signatur oder in Textform nach § 126b BGB zu erfolgen, dies gilt als Unterschrift für alle Anlagen. Für die Unterschrift in Textform ist nur der Vor- und Nachname der natürlichen Person, die das Angebot bzw. den Teilnahmeantrag einreicht, an der dafür vorgesehenen Stelle anzugeben.

Zum Bezug der Wettbewerbsunterlagen besteht keine Pflicht zur Registrierung auf der Vergabeplattform (s.I.3.). Über Änderungen der Vergabeunterlagen, Bieterfragen und Antworten u. Ä. werden Sie jedoch nur bei

Registrierung automatisch unterrichtet. Andernfalls sind Sie verpflichtet, sich eigenständig über Mitteilungen der Vergabestelle zu informieren. Wir empfehlen daher, sich vor dem Bezug der Unterlagen zu registrieren. Vom Teilnehmer ist sicherzustellen, dass bei einer Registrierung eine gültige E-Mail-Adresse hinterlegt ist, über welche die Kommunikation ausschließlich im Vergabeportal erfolgt.

Teilnahmeanträge, die formlos, in Papierform oder per E-Mail oder per FAX eingereicht werden, werden nicht berücksichtigt. Verspätet eingegangene Anträge werden ausgeschlossen.

Der Auftraggeber behält sich vor, bis zur Zuschlagserteilung Nachweise der zuständigen Stellen zu verlangen, die bestätigen, dass die gemachten Eigenerklärungen wahrheitsgemäß eingereicht worden sind.

Akzeptiert wird auch die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) soweit darin die geforderten Angaben und Nachweise enthalten sind. Bei ausländischen Unternehmen werden gleichwertige Nachweise zugelassen.

Für die Ausarbeitung der Bewerbungsunterlagen werden den Bewerbern keine Kosten erstattet (§ 77 Absatz 1 VgV). Es erfolgt keine Rückgabe der Bewerbungsunterlagen.

Alle Eintragungen in den Bewerbungsunterlagen müssen zweifelsfrei sein.

Mehrfachbewerbungen sind nicht zulässig. Eine Mehrfachbewerbung ist auch eine Bewerbung unterschiedlicher Niederlassungen eines Büros. Mehrfachbewerbungen von Mitgliedern einer Bewerbergemeinschaft bzw. unterschiedlicher Niederlassungen eines Büros bzw. Nachunternehmer haben das Ausscheiden aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft zur Folge.

Mehrfachbeteiligungen von Nachunternehmen sind zulässig, sofern diese keinen maßgeblichen Einfluss auf die Angebotsgestaltung haben.

Enthalten die Teilnahmeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, so hat er den Auftraggeber vor Abgabe der Bewerbung unverzüglich darauf hinzuweisen.

Es ist beabsichtigt für die 2. Stufe des Verfahrens folgende Unterlagen zur Verfügung zu stellen: Mustervertrag, Zuschlagskriterien, Honorarblatt und Ablauf der Verhandlungsgespräche.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Regierungspräsidium Karlsruhe

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Ort: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 7219268732

Fax: +49 7219263985

Internet-Adresse: <http://www.rp.baden-wuerttemberg.de>

VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Der Antrag auf ein Nachprüfungsverfahren ist nach § 160 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen – GWB – unzulässig, soweit:

- 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichung des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt,
- 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 Nummer 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Auf die grundsätzlichen Regelungen zu Nachprüfungsverfahren in den §§ 155-184 GWB wird verwiesen.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Ort: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 7219268732

Fax: +49 7219263985

Internet-Adresse: <http://www.rp.baden-wuerttemberg.de>

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

21/08/2020